

Redebeitrag zu den Sammelabschiebungen nach Afghanistan



Wir widmen unsere heutige Mahnwache den zehntausenden Menschen, die verzweifelt versuchen, aus Afghanistan zu fliehen.

Wir widmen sie ganz besonders all jenen, die dem Abschiebewahn der Bundesregierung zwischen 2016 und Juli 2021 – also einen Monat vor Machtübernahme der Taliban – zum Opfer fielen.

Wir widmen sie unserem Freund Hasib Azemy, der im Februar 2021 nach Afghanistan abgeschoben wurde. Vor einem Jahr, am 16. August, rannte er wie viele tausende Menschen in nackter Panik zum Kabuler Flughafen und versuchte, mit irgendeinem Flugzeug das Land zu verlassen. Vergeblich.

Wir trauern um Said Almas H., der im selben Abschiebflug nach Afghanistan saß wie Hasib. Er wurde am 21. Juni 2021 bei einem Granaten-Anschlag in Baghlan, Afghanistan, getötet. Er wurde 28 Jahre alt. ¹

Der Afghanistan-Untersuchungsausschuss des Bundestages soll im September beginnen. Folgende Frage soll dabei laut Vorsitzendem Ralf Stegner (SPD) im Mittelpunkt stehen: Wo gab es Fehleinschätzungen der Sicherheitslage in Afghanistan und warum? Und: Waren es Fehleinschätzungen oder hat man sich die Lage schönegeredet?

Der Afghanistan-Experte Thomas Ruttig schreibt dazu treffend wie folgt:

„Die zweite Frage Stegners kann man bereits beantworten, zumindest für den Zeitraum ab Ende 2016: Auch wenn von Beginn des Afghanistan-Einsatzes Ende 2001 an nicht nur in Deutschland Erfolge systematisch über- und Probleme unterbewertet wurden, musste ab diesem Zeitpunkt eine geschönte Wahrnehmung der Sicherheitslage in Afghanistan die innenpolitisch gewollte Wiederaufnahme der Abschiebungen dorthin begründen – trotz der sich erheblich verschlechterten Sicherheitslage in Afghanistan infolge des Abzuges der meisten NATO-Kampftruppen aus Afghanistan bis Ende 2014, ein indirektes Eingeständnis, dass die Taleban militärisch nicht zu besiegen sind. Im November 2016 beschloss die Innenministerkonferenz (Bund und Länder), Abschiebungen nach Afghanistan wiederaufzunehmen und damit ein (inoffizielles) zehnjähriges Abschiebemoratorium zu beenden, das aus humanitären Gründen (d.h. wegen der schlechten Sicherheitslage) erfolgt war!

¹ Antirassistische Initiative e.V.: Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen, Seite 4: https://www.ari-dok.org/uploads/mini_cms/press_statements/ARI-DOK_Beispiele-Todesfaelle-im-Jahr-2021.pdf?fbclid=IwAR257IVAncYPQaBjk3kBPH3GQ7RyKruwTjvFLuzJUpV66KAu_E0WOkHwmVk

Die Debatte darum begann 2015. Innenpolitisch wurde Druck auf die Entscheider der BAMF ausgeübt, die Anträge afghanischer Asylbewerber abzulehnen, wie damals die Zeit berichtete: so viele Asylanträge von Afghanen würden abgelehnt, nicht weil sich dort die Sicherheitslage in Afghanistan verbessert habe, sondern „weil die Politik gezielt Druck auf das Amt ausübt, Asylanträge von Afghanen abschlägig zu bescheiden. ... Die Bundesregierung erklärt ... nicht nur ganze Landstriche für sicher, sie nutzt noch eine zweite Strategie, um Asylbewerber abzulehnen. Sie errechnet eine theoretische ‚Gefahrendichte‘ und erklärt diese für harmlos“. Gleichzeitig wurde Afghanistans Regierung mit der Drohung, Entwicklungsgelder zu kürzen, gezwungen, einem Rückführungsabkommen zuzustimmen, das offiziell „Gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit in Fragen der Migration zwischen Deutschland und Afghanistan“ heißt. Einem Abkommen, das auch so heißt, hätte das afghanische Parlament zustimmen müssen, und das war sehr unwahrscheinlich. Man löste dieses Problem durch die Wortwahl.

Die erste Sammelabschiebung fand dann am 15.12.2016 statt. [...] Der Kontext: für das Folgejahr 2017 stand ein neuer Bundestagswahlkampf bevor und ein weiterer Aufschwung der AfD wurde befürchtet; die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD setzte darauf, der völkischen Partei durch eine harte Asylpolitik Wind aus den Segeln zu nehmen.

Um die Entscheidung zur Wiederaufnahme der Abschiebungen politisch zu begründen, musste die Sicherheitslage in Afghanistan aber als hinreichend sicher für Abgeschobene beschrieben werden. Das erfolgt durch die periodisch von der deutschen Botschaft in Kabul zu erarbeitenden, aber der Öffentlichkeit als „nur für den Dienstgebrauch“ vorenthaltenen Asyllageberichte (offiziell: „Berichte über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in der Islamischen Republik Afghanistan“). Alternative Erkenntnisquellen zur Sicherheitslage in Afghanistan [...] wurden nicht zur Kenntnis genommen, selbst nicht Einschätzungen der UNO, wenn sie den eigenen, schöngefärbten widersprachen.“²

1104 Menschen fielen diesem Abschiebewahn zum Opfer. Sie waren Mittel zum Zweck und seit dem ersten Abschiebeflug konnte und musste jede und jeder wissen, dass es in Afghanistan nirgends sicher ist. Dass man diese Menschen in ein Leben ohne Zukunft und in Lebensgefahr, Hunger, Gewalt und Erniedrigung abschiebt!

Wir fordern, dass diese Menschen nach Deutschland zurückgeholt werden! Wir fordern sichere Fluchtwege für alle Menschen, die aus Afghanistan fliehen und die Aufnahme und Evakuierung aller gefährdeter Menschen aus Afghanistan. Wir fordern, dass Deutschland endlich Verantwortung übernimmt! Aufnahme und Bleiberecht JETZT!

Karina Klein, AfghanistanNotSafe KölnBonn

² Thomas Ruttig über Afghanistan: https://thrutrig.wordpress.com/2022/08/29/afghanistan-untersuchungsausschuss-woher-die-fehleinschätzungen-schon-eine-antwort/?fbclid=IwAR0gVtEFsCtjSg6ULesXfiA5y-z9blTISXiufNTxqxnH_6yAZypJVflwOak